



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Bessere Luftqualität statt Fahrverbote

Ministerpräsident Laschet hat aufgezeigt, wie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vermieden werden können. Die Förderung des Ausbaus alternativer Antriebe sowie der entsprechenden Infrastruktur gehört ebenso zu seinen Anregungen wie die Förderung neuer Verkehrskonzepte für Städte und Gemeinden und für Wirtschaftsunternehmen.

Mit Gesamtkonzept die Ausbildung stärken

Immer weniger jungen Menschen wählen den Weg einer Ausbildung, während die Akademisierung weiter zunimmt. Die NRW-Koalition will mit einem Gesamtkonzept die Ausbildung stärken. Der Dreiklang einer klugen Arbeitsmarktpolitik ist es, jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnet, Arbeitsplätze langfristig zu sichern und Beschäftigte durch Weiterbildung fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen.

Fußball-WM: Public Viewing auch nach 22 Uhr

Mit einem Erlass hat das Umweltministerium klargestellt, dass während der Fußball-WM vom 14.06. bis 15.07.2018 in Russland Public Viewing auf öffentlichen Plätzen auch nach 22.00 Uhr möglich wird.



Generalsekretär zu Gast bei Vorsitzendenkonferenz

NRW-Generalsekretär Josef Hovenjürgen war als Redner zu Gast bei der Vorsitzendenkonferenz des CDU-Kreisverbandes Warendorf. In seinem Beitrag, der unter dem Titel stand „Erfolgreiche Politik für Nordrhein-Westfalen“ blickte er auf die zehn ereignisreichen Monate, die seit der Landtagswahl vergangen sind.

Mit Stolz betrachtete Hovenjürgen den Beschluss des ersten schwarz-gelben Landeshaushalts. Der Etat umfasst ein Gesamtvolumen von 74,5 Milliarden Euro und kalkuliert mit einer Nettoneuverschuldung von null Euro. Damit ist der Haushalt für das Jahr 2018 der erste Landeshaushalt seit 1973, der ohne neue Kredite auskommt—zwei Jahre früher als durch die Schuldenbremse gefordert .

Besuch der Wohneinrichtung St-Marien am Voßbach

tung über die aktuelle Situation von erwachsenen Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Das Haus St. Marien ist Teil der in Ahlen ansässigen St. Vincenz-Gesellschaft und bietet stationäre Wohnplätze für diese Zielgruppen an. Bei einem Rundgang gab Einrichtungsleiterin Verena Jäckel einen Überblick über die Leistungen des stationären Wohnens. In den Wohngruppen konnte sich der Landtagsabgeordnete auch ein Bild von der baulichen Situation verschaffen. Überdies gewährten die Geschäftsführer Volker Hövelmann und Stephan Marx Einblick in die anstehenden Veränderungen durch das Bundesteilhabegesetz. Die stufenweise Umsetzung des Gesetzes hat für 2020 einen großen Umbruch in der stationären Behindertenhilfe festgelegt. Das stellt sowohl Kostenträger als auch Leistungsanbieter vor große Herausforderungen.



Bei einem Besuch in der Wohneinrichtung St. Marien am Voßbach in Ennigerloh-Enniger informierte sich Daniel Hagemeyer als Beauftragter der Landtagsfraktion für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Einrich-



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



14 Tage an der Seite des Abgeordneten

Viele Eindrücke und Einblicke nimmt Lars Wegner aus Stromberg mit, wenn er nach seinem zweiwöchigen Schülerpraktikum zurück auf die Schulbank kehrt. Nach 14 Tagen an der Seite des CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer aus Oelde weiß der 16-Jährige Schüler des Gymnasiums Johanneum in Wadersloh nun, dass Politiker tagtäglich einen anspruchsvollen Job machen.

Im Düsseldorfer Landtag selbst gab es nicht nur die Gelegenheit zu Treffen mit Spitzenpolitikern wie Ministerpräsident Armin Laschet und Landtagspräsident André Kuper, sondern auch zur Teilnahme an einer Fraktionssitzung, an Ausschüssen und Hintergrundgesprächen sowie zur Hospitation in der alltäglichen Büroarbeit.

„Die Tätigkeiten von Landtagsabgeordneten sind sehr abwechslungsreich – bei Terminen im Wahlkreis ist nie ganz klar, was einen vor Ort an Problemstellungen erwartet, die man angetragen bekommt“, zieht Wegner ein Fazit. „Die Tage sind oft sehr lang und weil auch Wochenenden ständig mit Terminen gespickt sind, ist eine gute Planung der Termine und Abstimmung mit der Familie unverzichtbar.“



Nordrhein-Westfalen macht einen sicherheitspolitischen Quantensprung

Die NRW-Koalition hat in dieser Woche das Sechste Gesetz zur Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes eingebracht.

In Sachen Sicherheitspolitik macht Nordrhein-Westfalen dadurch einen Quantensprung. Die CDU hat eine neue politische Führungskultur eingeführt, die geprägt ist von Wertschätzung und Rückhalt für unsere Polizistinnen und Polizisten, sowie einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen.

Neben einer nachhaltigen Verbesserung der personellen Situation und Mehrausgaben bei der Ausstattung umfasst das jetzt eingebrachte Sicherheitspaket I eine der umfangreichsten und dringend notwendigen Gesetzesänderungen, um unsere Polizei auch rechtlich so gut aufzustellen, dass sie eine effektive Gefahren- und insbesondere Terrorabwehr betreiben kann.

Bestehende Befugnisse werden erweitert, wie beispielsweise die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Endlich wird die längst überfällige Strategische Fahndung eingeführt – damit Polizisten einen sicheren rechtlichen Rahmen haben, in dem sie agieren.

Ab sofort gibt es dann auch rechtliche Grundlagen für den Einsatz einer elektronischen Fußfessel und eine Befugnis für die Überwachung der Telekommunikation. Gefährder werden zukünftig beim Vorliegen einer drohenden terroristischen Gefahr für bis zu einem Monat in präventive Haft genommen werden können.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



MdL diskutieren mit Kreiselterrat über Kita-Finanzierung

Die Meinung der Eltern zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) interessierte die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer (Oelde) und Henning Rehbaum (Albersloh). Dazu trafen sie sich mit dem Kreiselterrat und Kreistagsmitglied Astrid Birkhahn in der Kindertagesstätte im Ludgerushaus in Ennigerloh.

Die Reform des KiBiz soll die Finanzierung und Struktur der Kindertagesstätten auf komplett neue Beine stellen. Dass eine umfangreiche Neuregelung Zeit braucht, bestätigte Henning Rehbaum zu Beginn. „Wir wollen hier keinen Schnellschuss, sondern eine kluge Neuaufstellung, die allen Beteiligten gerecht wird.“ Er versicherte, dass auch in der Übergangphase die Kitas weiterhin auf unbürokratische Hilfe des Landes vertrauen dürfen, wie es im ersten Kita-Rettungspaket mit 500 Millionen Euro schon geschehen ist. Daniel Hagemeyer ergänzte: „Der Zeitrahmen im Gesetzgebungsprozess bietet die Chance, auf die Meinungen der Betroffenen Rücksicht zu nehmen und eine wirkliche Verbesserung herbeizuführen.“

Der Kreiselterrat sparte auch nicht mit Kritik an der bestehenden Regelung. Katharina Rathje war sich sicher: „Alle Probleme hängen mit der angespannten Finanzausstattung zusammen, zusätzlich verschlimmert durch die angespannte



Personalsituation und unnötige Bürokratisierung. Dies führt zu Frust bei den Erzieherinnen und Erziehern.“ Besonders diskutiert wurden auch die Auswirkungen einer Neugestaltung für Kinder, die einen inklusiven Bedarf haben. Daniel Hagemeyer, der Beauftragter der CDU-Fraktion für Menschen mit Beeinträchtigungen ist, versicherte: „Wir wollen Schwerpunkteinrichtungen und verschiedene Angebote schaffen, sodass Eltern eine Wahlmöglichkeit haben, was für ihre Kinder das Beste ist.“

Kommunen im Nordkreis Warendorf werden bei der Integration von Flüchtlingen entlastet

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes schafft die NRW-Koalition die Rechtsgrundlage, um noch in diesem Jahr 100 Mio. Euro an die 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden zu verteilen.

„Die NRW-Koalition unterstützt die Integrationsarbeit der Städte und Gemeinden mit weiteren 100 Mio. Euro aus Landesmitteln. Damit steigen die flüchtlingsbedingten Zuweisungen des Landes an die Kommunen auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro. Zusätzlich leiten wir die vom Bund für 2018 angekündigten Mittel, aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds in Höhe von ca. 10 Mio. Euro an die Kommunen weiter. Damit hält die NRW-Koalition ihr Versprechen, alle weiteren Bundesmittel an die Kommunen weiterzuleiten, erklärt der Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer.

Für die Städte und Gemeinden im Nordkreis Warendorf bedeutet das eine finanzielle Entlastung um insgesamt 983.827 Euro. Eine gerechte Verteilung der Gelder muss die finanzielle Belastung der einzelnen Kommune durch die Flüchtlinge vor Ort berücksichtigen. Der Verteilungsschlüssel richtet sich daher zu 40 % nach der Anzahl der geflüchteten Personen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für die Monate Oktober 2017 bis Dezember 2017 sowie zu 60 % nach der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung (AwoV, Stichtag 1 Januar 2018).

Durch die Zahlung eines Mindestbetrages von 50.000 Euro wird auch die Integrationsarbeit in kleineren Gemeinden besonders berücksichtigt und gesichert“, erläutert Hagemeyer weiter, da dies auf Beelen zutrifft.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de